

Neues Zeitungs

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am Montag den 1. April 1923, 10.000 Exemplare. Der Preis beträgt 150,00 Mark. Der Preis für den Monat 4,50 Mark, für den halbjährlichen 27,00 Mark, für den jährlichen 50,00 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 1,50 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 1,50 Mark. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 1,50 Mark.

Das Suchen nach dem Ausweg.

Die Lage nach Loucheurs Reise / Grausamkeiten französischer Spahis / Litauische Bluttagen gegen Memeldeutsche Einigung in der Besoldungsfrage.

Poincare oder Loucheur?

Paris, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Temps' führt die diplomatische Lage, die durch die Reise Loucheurs nach London entstanden ist, folgendermaßen zusammen: 1. Die französische Regierung ist entschlossen, die Reparationssumme zu fordern, die Poincare bei der letzten Londoner Konferenz im Dezember u. J. verlangte. Die deutschen Schulden können nur durch die Kompensierung mit den alliierten Schulden herabgezogen werden. 2. Die französischen Truppen bleiben an der Ruhr, bis die Reparationen bezahlt sind. Es ist nach wie vor an Deutschland, Vorschläge zu machen.

Was der Temps' sagt, ist Poincares Meinung; Es bleibt alles beim Alten. Frankreich ist nicht geneigt, eine Handbreit nachzugeben... solange Poincare am Ruder ist. Was nachher wird, kann kein Mensch voraussagen. Clemenceau trat ab; wir lächelten. Poincare wurde kein Nachfolger, um in dem Augenblick über Nord zu liegen, als sich so etwas wie eine Klärung zeigte. Poincares muß festgestellt werden, daß in der französisch-englischen Krise jetzt der Kampf um Loucheur, der er wieder nach Paris gekommen ist, erst recht begonnen hat. Es wird immer deutlicher, daß Loucheur sich unter der Hand in England als den französischen Vorkämpfer empfohlen hat, der das englisch-französische Verhältnis durch Konzessionen in der Währungsfrage verbessern würde und der dafür Englands Hilfe in der Ruhrfrage beantragt. Mit einem Wort, er hat sich als Kandidat für die französische Ministerpräsidentenwahl vorgestellt. Anders ist die Verwirrung gar nicht zu erklären, die um Poincare und noch mehr in den nationalistischen Kreisen rechtlich von Poincare über die Reise Loucheurs herrscht. Angeblich soll Wilbrandt schon auf der Seite Loucheurs stehen; man erinnert sich daran, daß dieser oberste französische Delegierter darin geblieben ist, einem Ministerpräsidenten, der ihm nicht mehr recht, brüstet den Aufstieg zu geben; so ging es während der Konferenz von Cannes mit Briand. Was Loucheur auf seiner Londoner Reise erreicht hat, geht aus einer zweifellos inspirierten Darstellung des diplomatischen Mitarbeiter des Londoner „Observer“ hervor. Er behauptet, daß Loucheur in nach Paris zurückgekehrt, nachdem er hauptsächlich bezüglich der Ruhrfrage und außerdem die führenden politischen Persönlichkeiten während einer Woche aufschlüsselnde Unterhaltungen geführt hat. Die wichtigste Unterredung war diejenige mit Bonar Law, und zwar deswegen außerordentlich, weil Herr Loucheur nun zweifellos weiß, daß auch er noch einen längeren Weg zurücklegen muß, bevor er sich dem englischen Standpunkt bezüglich der Ruhrfrage als einer Heberbrücke der Entfernung genähert hat. „Der Standpunkt der englischen Regierung“, so führt die halbamtliche Informationsnotiz, „wurde Herrn Loucheur in größter Offenheit und in dem Sinne klar gelegt, daß jede englisch-französische Annäherung nur ein Erfolg, aber nie eine Begünstigung der gegenwärtigen französischen Politik an der Ruhr sein könne. Die englische Regierung kann einer Verständigung des Deutschen Reiches weder in toter und offener noch in verhängnisvoller Form unter Zustimmung des Weltöffentliches oder der Einführung einer internationalen Verwaltung mit vorübergehender französisch-belgischer Kontrolle zustimmen. Bonar Law, der nach seinem Austausch mit Loucheur nach London zurückgekehrt ist, beschließt, in der kommenden Woche ausführliche Berichte über seine Unterredungen mit Loucheur zu geben.

Dorten in Paris.

Paris, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Führer der Separatisten im Rheinland, Dr. Dorten, ist, wie die Zeitungen melden, seit Donnerstag in Paris, um der französischen Regierung seine politischen Pläne zu unterbreiten. Er wird sich auch nach London zu dem gleichen Zweck begeben.

195 Millionen Mark Geldbuße.

Elfen, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Für die Ermordung des französischen Soldaten Schmitt, der am 18. März in einem Keller des Hauptbahnhofs erschossen wurde, ist der Stadt Elfen, ohne daß die Mordtat überhaupt aufgeföhrt ist, eine Summe von zehn Tagen zahlbare Geldbuße von 195 Millionen Mark auferlegt worden. Für die Zahlung werden halbjährlich gemacht: Polizeidirektor Kober, Polizeidirektor Küppers und Polizeidirektor Dr. Sälmer.

Die Verhandlung gegen die Kruppdirektoren verhängen.

Elfen, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Verhandlung gegen die verhafteten Kruppdirektoren vor dem französischen Kriegsgericht findet voraussichtlich erst im Laufe der nächsten Tage statt.

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Um die an sich lägenhafte Behauptung, daß unter den Kruppbeamten einflussreiche Schwabedame zwecks Propaganda verteilt waren, glaubhaft erscheinen zu lassen, verbreitet der französische Nachrichtenblatt in Elfen zwei „Dokumente“. Das erste ist ein angeblicher Brief des General-Polizeipräsidenten Melzer an den bayerischen Major a. D. Oskar Goldt. Darin behauptet Melzer angeblich die Unterdrückung von Kruppbeamten und Offizieren in Elfen. In dem zweiten Schindendokument wird eine Mitteilung des von Melzer neuerdings nach Elfen auf Befehl des Polizeipräsidenten Melzer im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern kommandierten Beamten gegeben. Es wird dazu am ausführlicher deutscher Seite bemerkt: Polizeipräsident Melzer hat eine solche oder ähn-

liche Aufforderung weder schriftlich oder mündlich irgend jemandem übermitteln und seinen Brief an einen Polizeikommissar oder einen sonstigen Beamten der Schutzpolizei geschickt. Ebenso ist die unter zwei oben veröffentlichten Einleitung nötig aus den Fingern gelogen. Kein Wort daran ist wahr.

Zwei neue französische Vorkläge.

Selbstkritik, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Franzosen haben gestern nach zwei Klagen ihre Vorkläge. Einmal haben sie eine neue Klage gegen die Eisenbahn unternehmen, die darauf hinausläuft, daß die alle Eisenbahnen, die von Dortmund über Weidau nach Hamm führt, von ihnen befreit und stillgelegt wurde. Von Hamm haben sie eine direkte Strecke nach Kettlinghausen in der Hand, so daß sie auf dieser Zufahrtslinie mitten durch das eigentliche Kohlengebiet ihre Sendungen auf die militärische Rohstoffe abschicken können. Den Eisenbahnern wurde bereits ein Ultimatum gestellt, bis Montag zu erklären, ob sie in französische Dienste treten wollen. Andernfalls wären sie des Dienstes entlassen und hätten auch ihre Dienstwohnungen sofort zu räumen.

Der zweite Vorstoß richtet sich gegen eine weitere Anzahl von Jochen, und zwar wurden bei Kran die Arbeiter der Jochen-Sozium und Sozialismus befreit. Auf Sozialismus stellen die Franzosen Währungsangelegenheit auf mit der Schlichtung auf die Arbeiter. Darauf legten die Arbeiter sofort die Arbeit nieder. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß heute auch die Grubenbesitzer in den Streit treten wird. Die Franzosen haben erklärt, daß sie die Ein- und Ausfuhr von den Jochen sperren, und es ist anzunehmen, daß sie von Kran aus Rats auf die militärische Strecke nach Elfen überqueren versuchen werden. Zunächst ist die Linie nach Elfen für sie aber noch nicht gebrauchsfähig. Ferner wurde die Jochen-Grube, die ebenfalls der Selbstkritik Bergwerks-A.G. gehört, bei Galtrop und die direkt neben dieser gelegene Jochen-Sommer der Gewerkschaft Schomer befreit. Im August hat bisher von den Franzosen und Belgiern folgende Jochen befreit worden: Wessertal (Eigentümer: Bergwerks-Verwaltung), Rhein-Herms-Kanal-Bahnhof (Bergwerks-Verwaltung), General-Blumenhof (Bergwerks-Verwaltung), Gieronia (Blombacher Hüte), Rheinbrunn (Bergwerks-Verwaltung), Schlägel und Elfen (Bergwerks-Verwaltung), Gieronia (Gewerkschaft Krupp), Bergmannsgrube (Bergwerks-Verwaltung), Wessertal (Bergwerks-Verwaltung), König Ludwig (Gewerkschaft).

Die Reichsbank zu den französischen Geldüberereinen.

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Zu den französischen Geldüberereinen im Ruhrgebiet erklärt das Reichsbankministerium einen Vertreter der Reichsbank: folgendes: Die Reichsbank ist ein besonderes Ansehen herauszugeben, sind unerschütterlich. Jede besondere Kennzeichnung von Geldscheinen oder Geldnoten disqualifiziert die ganze Geldnote. Es ist zweites technisch unmöglich, bei der Hebertragung der Notenpreise noch mehr Spezialitäten in Geldnoten herauszugeben, welche bei Ausgabe besonders feinstufigen Aufgebotes die jetzt bei den Reichsbank der Käufe nur noch in Parteien erforderliche Zahlung unmöglich sein. Die Reichsbank kann aber die Notwendigkeit eines derartigen Schutzes nicht zugeben. Von den geräuschten Transporten spricht man besonders dann, wenn sie trotz offizieller Zustimmung ihres Ausgabebereichs durch die Franzosen bemerkt von ihnen „beschlagnahmt“ worden sind. Von den Transporten aber, die ihr Ziel ungehindert erreichen und von den mannigfachen Wegen, auf denen das geschieht, spricht man klugerweise ebensowenig, wie es unzulässig ist, das Verhältnis der geräuschten zu den geordneten Transporten bekanntzugeben. Die Franzosen erteilen übrigens alle die geräuschten Gelder Zulassungen. Sie machen sich mit ihnen bezahlt für die Beschlagnahme aus der Unmöglichkeit der französischen Beschlagnahme nur nach sich auf immer neue Rückstellungen gelegt werden. Die Beschlagnahmen, daß die Rückstellungen der Arbeiter und Angehörigen im Ruhrgebiet ihre Löhne und Gehälter verweigern, oder daß sie der fürwärtigen Abruch tun können, sind inwieweit geschuldet, als die Reichsbank diese Angehörigen durch unzulässige neue Beschlagnahme wieder ausgleichen mag.

Wie mitgeteilt wird, haben die Franzosen im Ruhrgebiet und Rheinland bisher über 27 Milliarden Mark geräubt, die dem französisch-belgischen Marktrequisitionsfonds übergeben wurden. In dieser Summe sind die in den letzten Tagen in der Ruhr-Weimer-Dreuders-Markts geräubten vier Milliarden und die auf der Rheinbrücke bei Dornum aus einem „Bergwerks-Verwaltung“ drei Milliarden noch nicht enthalten. Nach einem Bericht aus Köln sollen die Franzosen die bei der Dreuders-Markts in Wülfrath beschlagnahmten Gelder sowie die Dreuders-Markts wieder zurückgegeben haben mit der Erklärung, die Beschlagnahme beruhe auf einem Irrtum (!).

Frankreich-belgische Reparationsverhandlungen in Paris.

Paris, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.) Poincare hat den belgischen Ministerpräsidenten Kennis und den belgischen Außenminister Solfer gegeben, sich lokal mit möglichem nach Paris zu begeben, um die jüngst in Brüssel und Paris gefolgten Beratungen über das Reparationsproblem fortzusetzen. Man bringt diese Unterredung mit der Reise Loucheurs in Verbindung.

Breisabbau und Lohnabbau.

Die Gehälter für April.

Stabilisierung der Löhne oder Lohnsenkung — das ist die Frage, über die jetzt die deutsche Reichsregierung mit den gewerkschaftlichen Organisationen verhandelt. Man bringt um die Gehälter für den Monat April. Die Regierung hatte schon bei Beginn ihrer Tätigkeitsperiode zum Zweck der Markterholung Anordnungen gemacht, daß das Festhalten an den gegenwärtig erreichten Löhnen und Gehältern, also die Ablehnung weiterer Erhöhungen Bestandteil des neuen wirtschaftspolitischen Programms werden muß, und vielfach wurden ja auch die Märzbeschlüsse nicht geleistet. In privaten Arbeitsverträgen war schon vorher die Parole ausgegeben worden: Keine Steigerung der Märzlöhne und Märzgehälter. Bei Tarifverhandlungen ließen die Vertreter der Unternehmer durchblicken, daß sie nur die Wünsche der Regierung und soweit ihre patriotische Pflicht erfordern, wenn sie jede Erhöhung verweigerten. Es kam in einigen Wirtschaftskreisen zu heftigen Konflikten, und diese Konflikte drohen sich für April zu Lohnkämpfen auszuweiten. Die Regierung muß jedenfalls darauf hin, daß eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter Rückwirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands haben würde, die im letzten Augenblick zur Vermeidung und der angestrebten Preisentlastung stehen würde. Eine allgemeine Lohnparierung würde auch ein neues Ansehen aller Warenpreise bedeuten. Dem kann aber nach den Erfahrungen der letzten Wochen bereits entgegengekehrt werden: Ist denn die deutsche März wirklich stabilisiert? Ist denn die Preisentlastung allgemeine Tatsache?

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes zeigt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten trotz der Dollarentlastung für den Monat März doch wieder eine Erhöhung um 8 u. 9. Und zwar von vielen Indexziffern nicht die Hälfte, weil die häufigsten Erhöhungen sind, der meist aus seiner eigenen Lebensführung, daß Butter, Milch, Eier, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Verkehrsmittel usw. in ihren Preisen häufig weitergeleitet sind und sich den Teil der die Stabilisierung der Regierung gefordert haben. Mit anderen Worten: Obwohl die Devisentur mehr als die Hälfte ihres früheren Höchststandes hergegeben haben, ist der innere Wert der März, d. h. ihre Kaufkraft im Lande, den Waren gegenüber nicht größer geworden, von verschwindenden einzelnen Ausnahmen abgesehen. Dazu kommt infolge der gemäßigten Geldbeschränkung des Ruhrkriegs eine Zunahme des Notenumlaufs der Reichsbank, der augenblicklich etwa auf 2 Milliarden Mark monatlich befreit ist. Schon diese Notenumlauf drängt zum Ansehen der Warenpreise. Erhöhte Löhne wären auch diesmal nur die Wirkung, nicht die Ursache neuer Zuerung. Welche Auswirkungen derartige Erhöhungen haben werden, ist schwer zu sagen. Von gewerkschaftlicher Seite wird geltend gemacht, daß die Reichsbeamten und Staatsarbeiter heute viel besser bezahlt werden als die entsprechenden Gruppen in der Privatindustrie, und daß namentlich die Eisenbahnarbeiter heute zu den bestbezahlten Kategorien gehören. Das ist richtig. Aber ebenso richtig ist, was die Beamten sagen: Die jetzigen Gehälter betragen bei den unteren Gruppen das 1—120fache des Friedensgehalts, bei den mittleren und höheren Gruppen viel weniger. Die Lebenshaltung kostet aber das 5—700fache! In Wirklichkeit beziehen also die Beamten im günstigen Falle nur den vierten Teil des Friedensentlohens. Allen diesen Beamten, Angestellten und Arbeitern ist vorerst etwa damit gehalten, daß man ihnen etwa freie Berufe überläßt, Verzie, Umwälze, Schriftsteller, Künstler, die noch nicht das 20fache ihres Friedensentlohens haben, oder Kleinrentner und gewisse Mittelständler, die nur dem Verzehrungen stehen. Wohlmer gilt es, die Wirtschaft des deutschen Volkes durch alle Räte und Erhöhdigungen zu bringen, indem man das Reichsgebiet der staatlichen und privaten Arbeitnehmer arbeitsfähig und arbeitswillig erhält.

Man braucht sich nur einmal den Fragenkomplex, den das Thema „Stabilisierung der Löhne“ bedeutet, ruhig zu überdenken, um einzusehen, welche gewaltigen Schwierigkeiten bei einer Lösung des Problems zu überwinden sind. Die Verhandlungen, die bereits am letzten Freitag im Reichsfinanzministerium begonnen und am Sonnabend fortgesetzt wurden, haben denn auch bisher noch keinen Vorstoß gebracht. Es wird verhofft, daß begründete Aussicht besteht, man werde „zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis“ kommen. Besonders hervorzuheben ist die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß die Aktion zur Stabilisierung der März weiter fortgesetzt werde und daß die Regierung ausreichende Mittel besitze, um ihre wirtschaftlichen Absichten zu erreichen. Die Gewerkschaften erwarten nach Genugtuung Kenntnis. Über den Ausgang der Verhandlungen geht uns noch folgenden Telegramm zu:

Berlin, 8. April. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichsfinanzministerium fanden gestern Verhandlungen zwischen dem Vertreter der Regierung und den Führern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter über Gehalts- und Lohnverhältnisse statt. Die sehr eingehenden Verhandlungen führten, wie die Telegramm-Union erfährt, zu dem Ergebnis, daß die Stabilisierung der März unter allen Umständen gefördert werden muß, weil die Erhaltung von Preisstabilität

